Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Mit der Post:

Ganzjährig	11 fl. — kr.
Halbjährig	5 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion

Bahnbesatzung Nr. 12

Expedition und Inserat

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmair & S. Bamberg).

Inserionspreise:

Für die einseitige Zeitspalt 3 kr.
 bei zweimaliger Einschaltung à 6 kr.
 dreimal à 7 kr.
 Inserionsstempel jedesmal 30 kr.
 Bei größeren Inseraten: und öfterer
 Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 75.

Samstag, 1. April 1871. — Morgen: Palmsonntag. Montag: Richard.

4. Jahrgang.

Gleiches Recht für alle!

Wir leben in einem Rechtsstaate, in dem alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind und das Gesetz für jeden Staatsbürger gleich sein soll. So steht es wenigstens in unserer Magna Charta geschrieben. Nicht das Belieben der Regierenden, sondern Recht und Gesetz sollen den Bürgern ihre individuelle Freiheit wahren, und in Berechtigung und Verpflichtung das gleiche Maaß einem jeden derselben, sei er welchen Stammes und welcher Religion, sei er welcher politischen Anschauung immer, zutheilen.

Auch diese Grundsätze stehen in unseren Verfassungsgesetzen geschrieben.

In der Wirklichkeit ist freilich manches anders.

Wir sahen slavische Männer Oesterreichs nach Moskau und Petersburg wandern, dem Czar aller Neuen ihre Huldigung, fast wie Unterthanen, zu Füßen legen, jedenfalls ihn als den obersten Schirmherrn des Slaventhums verehren, und auf die einseitige Herrschaft der Slavia über Europa toasten. Sie gingen und kamen unbeirrt.

Wir sahen eine Reihe von Tabors im Süden und Norden Oesterreichs, in denen mit einer Leidenschaftlichkeit gegen die Grundgesetze des Staates, gegen die staatlichen Einrichtungen, gegen die Staatsorgane gesprochen wurde, die uns glauben machte, daß wir in England, in der Schweiz oder in Nordamerika uns befinden, so schrankenlos war die Freiheit der Rede.

Wir hörten in Kirchen und katholischen, sowie katholisch-politischen Vereinen Predigten und Reden, lasen Hirtenbriefe und Flugblätter, die ganz offen den bestehenden verfassungsrechtlichen Gesetzen nicht bloß

den Krieg erklärten, sondern sie als nichtig, als nicht bindend bezeichneten, und so mindestens mittelbar zum Widerstande gegen das Gesetz aufseuerten.

Die Agitatoren und die Agitationen blieben größtentheils unbehelligt, und wo die Staatsgewalt gegenüber hervorragenden Personen eintrat, that sie ihnen wahrlich nicht weh.

Wir sahen, wie Verfassungsgegner die Verfassung vollständig verleugneten, wir sahen sie in Vereinen und unter offenem Himmel gegen die Verfassungsanhänger mit Hohn, Spott und fälschlicher Drohung hegen, wir sahen sie ganze Volksstämme aufreizen zum Hass, zur Zwietracht, zum — fälschlichen Kampfe gegen einen anderen Stamm, dessen einziges Verbrechen es ist, daß er in der Kultur voransteht und mit Aufopferung seiner Interessen, mit wahrer Selbstentäußerung dafür kämpfte und litt, daß alle Bürger Oesterreichs, welchen Stammes immer, frei seien, der den Gegnern alle die Rechte erstirbt, die sie gegen ihn wenden, und der in ihren Augen die Hauptsünde begeht, daß er für die Verfassung einsteht, die Oesterreich zusammenhält.

Wir sahen die Gegner der Verfassungstreuen mit den ultramontanen und feudalen Parteien in innigste Verbindung treten und sie in dem Bestreben unterstützen, Oesterreichs Macht wieder der Herrschaft Roms unterzuordnen und das freie Volk wieder einzelnen, besondere Vorrechte beanspruchenden Ständen zu unterwerfen.

In all diesen Fällen sahen wir die Freiheit bis aufs äußerste in Anspruch genommen.

Wie steht es aber auf der anderen Seite? Ein Volksstamm von nicht zu bestreitender österreichischer Loyalität, der sich des stärksten österreichischen Bewußtseins erfreut und nie

dem Kantönl-Geiste das Reich zu opfern bereit war, will den Frieden nach einem blutigen Kampfe, den die Bildung und die Thatkraft seiner Stammesbrüder zum Siege für die Deutschen wendete, feiern und die daraus resultirende Eingung der deutschen Staaten zu einem deutschen Reiche festlich begehen, da darin eine Sicherung der Fortentwicklung der germanischen Kultur gegeben ist. Kein Wort verlautete, daß man den neuen deutschen Kaiser um Schirm und Schutz anrufen wollte, wie es slavische Blätter und slavische Männer Oesterreichs gegenüber dem russischen Czar schon gethan; keine Silbe klang österreichfeindlich, denn gerade dieser Stamm lebt und arbeitet vor allem für Oesterreich. Oesterreich im Bunde mit Deutschland! Das war die Parole, ein Lösungswort, das kein Fortschrittsfreund unberechtigt finden wird gegenüber der Parole: Oesterreich im Bunde mit dem panslawistischen Rußland.

Man verbot sie als anti-österreichisch und die Neutralität verlegend!

Liberalen Männer, die jederzeit für Oesterreich eingestanden sind und nicht bloß von Vätern unter der Krone der Habsburger sprechen, die nicht mit dem Auslande toskettiren, mit Zukunfts- und gewaltigen Reichen der Jetztzeit, wollten einen frohen Abend begehen und dabei in harmloser Weise des Erbfeindes jeder freien menschlichen Entwicklung, des Muckertums gedenken.

Doch nein, das dürfen sie nicht, denn sie, die jederzeit dem Gesetze Achtung bezeigt haben, die nie mit Knütteln auszogen, um politisch-schlagfertig zu sein, sie könnten regierungsfeindlich denken, und das darf man nicht dulden.

Während die einen durch eine Friedensfeier

Feuilleton.

Die Untersuchung künstlicher Erdhügel (gomile).

Künstliche Erdhügel (Tumuli) in Gestalt von kegelförmigen Erhebungen kommen auch in Krain vor, so z. B. im Sitticher und Mottlinger Boden, sie werden vom Landvolke mit dem Namen gomile bezeichnet. Bisher sind noch keine verlässlichen Nachrichten über die Eröffnung eines dieser, jedenfalls aus vorrömischer Zeit stammenden Denkmäler bekannt geworden. Ihr Inhalt ist nicht nur in historischer, sondern auch in anthropologischer Beziehung höchst wichtig, daher hat auch die junge, aber hoffnungsvolle anthropologische Gesellschaft in Wien in ihrer Sektion für Urgeschichte den Beschluß gefaßt, eine Instruktion für Abtragung und Eröffnung der Tumuli zu veröffentlichen. Dies ist nun geschehen und wir beileben uns, diese sorgfältig bearbeitete Instruktion, die recht eigentlich für jeden, der Interesse an der Sache nimmt, bestimmt ist, hier mitzutheilen.

An vielen Orten der österreichischen Länder befinden sich, meist in Ebenen, einzelne kegelförmige Hügel (Tumuli), die offenbar künstlich aufgeworfen

sind und die nicht unbeträchtliche Höhe von 40 bis 50 Fuß bei entsprechendem Durchmesser haben.

Durch ihre absonderliche Größe sowie durch ihre Vereinzelung unterscheiden sie sich von den gewöhnlich weit niedrigeren und in Gruppen beisammen stehenden heidnischen Grabhügeln, die in Steiermark, Ungarn u. s. w. häufig sind. Ihr Name ist verschieden: in Niederösterreich heißen sie Muggeln, auch Heidenbücheln, in Steiermark wohl Goldkogeln.

Diese vereinzelten Kegelhügel sind noch wenig untersucht, daher man über ihre Bestimmung völlig im Unklaren ist. Einige vermüthen in ihnen heidnische Gräber, andere halten sie für Fahnenhügel der Türken oder Kreideseuerpunkte. Der sehr große bei der Deutsch-Altenburger Kirche wurde vor ungefähr 45 Jahren angegraben, ohne daß etwas gefunden wurde; der bei Zogelsdorf vor zwei Jahren untersucht, wobei man Spuren von doppelten Bohlenwänden, dazwischen massenhaft große Gefäßscherben mit eingegrabenen Ornamenten fand, ferner eine Bronzenadel, ganz ähnlich denen von Hallstadt und einige andere Bronzegegenstände, — also ohne Zweifel Erzeugnisse der vorchristlichen Zeit, eine Grabstätte wurde aber nicht entdeckt.

Nachdem diese Hügel, die in einem Zusammenhange unter einander zu stehen scheinen, manche

Ausbeute für die älteste Kulturgeschichte versprechen so hat sich die Sektion für Urgeschichte des anthropologischen Vereines die nähere Erforschung dieser merkwürdigen Tumuli zur Aufgabe gesetzt. In dieser Beziehung erscheint wünschenswerth:

1. Die genaue Angabe, wo sich solche Hügel befinden, um deren Verbreitungsbezirk, den Charakter der Vertikalität, wo sie errichtet wurden, und den allfälligen Zusammenhang unter einander konstatiren zu können.

2. Die wissenschaftliche Untersuchung einer möglichst großen Anzahl derselben.

In Bezug auf den ersten Punkt ist es für jeden, der einen solchen Tumulus kennt, leicht, denselben auf einer Spezialkarte einzuzichnen, was auch nach genauem schriftlichen Angaben geschehen kann. Jede derartige Anzeige wird der Sektion sehr willkommen sein. — Die aus Erde aufgeworfenen, einzeln und frei aus der Ebene oder von einer Hügelkuppe aufsteigenden kegelförmigen Tumuli sind leicht zu erkennen und mit natürlichen Hügeln kaum zu verwechseln.

Bezüglich der Untersuchung der Tumuli ist, wenn die Wissenschaft daraus Nutzen ziehen soll, ein systematischer Vorgang und besondere Umsicht nothwendig. Es handelt sich dabei weniger um den Werth der allfällig darin befindlichen Gegenstände,

einen Neutralitätsbruch begehen würden, stärken die andern wahrscheinlich die österreichischen friedlichen Beziehungen nach außen, wenn sie bei einem Maskenballe den Kaiser des deutschen Reiches verhöhnern, herumstoßen und endlich beim Fenster hinauswerfen; und wenn sie mit den französischen freigelassenen Kriegsgefangenen auf die künftige Rache Frankreichs tosten.

Wir möchten denn doch wissen, was man in Oesterreich sagen würde, wenn man auf einem Maskenballe in Deutschland, Frankreich oder wo anders, wo auch offizielle Persönlichkeiten erscheinen, eine ähnliche Demonstration gegen Oesterreich in Szene setzen würde; ob man das auch als ein friedfertiges oder unter gegebenen Umständen als ein Neutralitäts-Symptom auffassen würde?

Männer, die auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechtes stehen, wollen eine Schule gründen, die die religiöse Erziehung der Kinder — man verstehe wohl, die religiöse, nicht die sittliche, den Eltern allein überläßt — trotz Grundrechte dürfen sie es nicht. In Tirol darf aber jeder Schullehrer und jeder Kaplan die Kinder in der Schule gegen Reich und Gesetz hegen und die frohe Unschuld des Kindesgeistes mit dem Geiste fanatischer Leidenschaftlichkeit vergiften. Und was sie im deutschen Tirol dürfen, das geschieht natürlich auch im slavischen Tirol, bei uns nämlich.

Ist da Sonne und Schatten gleich vertheilt? Wir rufen nicht nach Polizei und Gericht — wir fordern nur gleiches Recht, wie es die andern haben, ja wir fordern nicht einmal so viel, wir fordern nur das volle Recht, das uns die Verfassung gewährleistet!

Das Wiederauftauchen der Sozial-Demokratie.

Die Sozial-Demokraten beginnen die Kopfe wieder ein wenig zu heben, seitdem Herr Schaeffle am Ruder ist. Versammlung folgt auf Versammlung, und das von Wien aus befohlene Programm gelangt überall, und zwar fast überall einstimmig, zur Annahme. Zum Verwundern ist das gerade nicht. Sind ja diese „Volksversammlungen“ fast ausschließlich von Arbeitern besucht, da die Nichtarbeiter theils nicht den Muth, theils nicht die Lust haben, zu erscheinen. Nur in Klagenfurt war das kürzlich anders. Es erschienen bei der Versammlung nicht wenige der Intelligenz angehörige Herren und theilhaftig sich recht lebhaft an der Debatte. Der Grazer Korrespondent eines Wiener Blattes hält deshalb die Wiederbetheiligung der Intelligenz an solchen Versammlungen auch für

das einzige Mittel, in die Arbeiterwelt, welche noch gänzlich im Schlepptau einiger sozialistischen Führer geht, wenigstens über die größeren politischen Fragen einige Klarheit zu bringen. Nothwendig wäre dieselbe im höchsten Grade, denn was bei solchen Gelegenheiten gesprochen werde, sei mitunter entschieden konfus Zeug.

Die Adressdebatte im deutschen Reichstage

wurde vorgestern begonnen und erledigt; sie lief, Dank der Mäßigung und Leidenschaftlosigkeit der Majoritäts-Partei, ohne Sturm ab, obschon sie mit einer Fülle persönlicher Bemerkungen endete, bei denen Bischof Ketteler eine Rolle spielte. Sammtliche Tribünen waren überfüllt.

Benningßen befürwortet seinen Adressentwurf und hebt hervor, daß derselbe von vornherein alle kriegerischen Hoffnungen abschneide. Er betont das Prinzip der Nicht-Intervention. Das Kaiserthum sei weit entfernt von einer deutsch-italienischen oder deutsch-christlichen Politik. Reichen sperger weist den Vorwurf kriegerischer Gelüste zurück; er wollte in der Adresse nur erklären, daß es oft die Selbsterhaltungspflicht gebiete, Gefahren abzuweisen, die aus der Verletzung der Verträge entstehen.

Schulze-Delisch: Das deutsche Volk muß abstreifen, was dem früheren römisch-deutschen Kaiserreich anklebte und das Fundament des deutschen Reiches unterwühlte.

Riquel: Wie kann man von uns, einem Reiche mit $\frac{1}{3}$ protestantischer Bevölkerung und von dessen katholischer Bevölkerung nur ein geringer Theil eine Intervention zu Gunsten des Papstes wünscht, eine solche ernstlich verlangen wollen? (Lebhafter Beifall.)

Ketteler bestreitet den Satz der Majoritäts-Adresse, daß das deutsche Reich auf festeren Grundlagen, denn je wieder ausgerichtet sei. Man müsse bedenken, daß Deutschland tausend Jahre bestche, daß der Wahlspruch: *Justitia regnorum fundamentum* und die Gottesfurcht seine Pfeiler gewesen seien, und daß dies beim neuen Reiche noch fraglich sei.

Wenn der Nicht-Interventionsatz in der Adresse stehen bleibe, dann dürfte Deutschland sich auch nicht rühren, wenn San Salvador den Handelsvertrag nicht einhielte, oder Frankreich fortfahren würde, Deutsche zu mißhandeln. Es müsse dem Kaiser freigestellt sein, sich des Papstes anzunehmen, was übrigens in der Minoritäts-Adresse gar nicht ausgesprochen wird.

Böhl: Die katholische Wahltagation in Baiern versprach dem Volke die Intervention des deutschen

Kaiserreiches für den Papst. Deshalb ist es unerläßlich gewesen, die Politik der Nicht-Intervention in der Adresse nachdrücklich zu betonen. Ich leugne, daß die Gottesfurcht im Mittelalter auf höherer Stufe stand als in der Gegenwart. (Bravo.)

Bethusy-Huc protestirt, daß irgend eine Partei des Hauses die Gottesfurcht als Domäne für sich in Anspruch nehme.

Römer (Württemberg): Die Süddeutschen, die sich hier konservativ nennen, haben es in der Heimat mit der äußersten Demokratie gehalten, als es ihnen diene.

Probst gibt dem schmerzlichen Gefühle Ausdruck, daß hier noch viele Deutsche fehlen, die deutsche Einigkeit also noch nicht voll erfüllt sei.

Von 312 Abstimmenden stimmten 243 für, 63 gegen die Adresse, 6 enthalten sich der Abstimmung.

Frankreich

eilt mit Riesenschritten dem Bürgerkriege entgegen; der Ausbruch desselben ist nur noch eine Frage von wenigen Tagen. Sein Ergebnis wird entweder eine Restauration oder die Etablierung einer neuen Gewaltherrschaft sein.

In Paris hat eine Minorität von kaum einem Viertel der Wahlberechtigten eine neue Kommunalvertretung eingesetzt, hinter welcher das frühere Zentralkomitee als Souffleur fungirt. Garibaldi ist Ehrenpräsident des „Zentralsubkomitee“, wie die neue Regierung sich nennt, Assy, der Arbeiter, wirklicher Präsident. Außerdem ist Duval Kommandant der Artillerie, Henry befehligt die Infanterie, Bergeret die Kavallerie. Wie man sieht, ist das Tollhaus so ziemlich fertig. Es fehlt nur noch, daß man irgend einen Kohlenarbeiter oder sonst etwas zum Handelsminister macht. Die öffentliche Gewalt liegt unbedingt in den Händen des Proletariats, so daß sich selbst die besseren Elemente, die ihm bisher als Führer gebient, von ihm loslassen und die Freunde der Ordnung schon im Hintergrund stehen. Was das neue Regiment eigentlich will, ist noch nicht bekannt. Höchst wahrscheinlich wissen es die Gesellschaftsleiter von heute selber noch nicht. Nur das eine leuchtet aus ihren konfusen Reden und Proklamationen hervor, daß die Stadt Paris eine selbständige Stellung im neuen französischen Organismus erhalten soll. Ihre Absichten dürften überhaupt schwerlich die lautersten sein, da sie die Öffentlichkeit, wo sie nur immer als Garantie der Gerechtigkeit erscheinen könnte, ausschließen und Stadt und

Fortsetzung in der Beilage.

weniger um diese selbst, als um eine genaue Beobachtung der Art der Anlage des Hügels, der Lage und Zusammengehörigkeit der Fundgegenstände, kurz aller der Umstände, welche bei der Aufertigung des Tumulus stattfanden.

Nach vorgenommener genauer Messung des Hügels wird es in den meisten Fällen das zweckmäßigste sein, einen Gang oder Stollen durch den Mittelpunkt desselben, im Niveau des äußeren Bodens zu graben, wobei man zwei Punkte der Peripherie und den Mittelpunkt kennen lernt. Damit ist es aber noch keineswegs genug, sondern es muß auch, wenn die Höhe zu groß ist, um einen offenen Gang durchzugraben, vom Scheitel gegen den Mittelpunkt ein breiter Schacht gegraben werden, demu verschiedene Beispiele in anderen Ländern haben gezeigt, daß die Grabstätten in Hügeln in deren Mitte a) im Niveau des äußeren Bodens, b) weit über demselben, c) in der Mitte der Hügelhöhe, ja sogar noch höher liegen. Aber sie wurden bisweilen auch tiefer als die Basis des Tumulus ist, angelegt, daher man jedenfalls in der Mitte tiefer graben muß, als der Durchstich, bis auf den gewachsenen Boden. Seltener sind Grabstätten in der Peripherie, in welchem Falle der Hügel natürlich nach allen Seiten zu durchsuchen sein wird. In der Regel kann man annehmen, daß wenn man den Umfang

an 2, höchstens 4 Stellen untersucht hat, ohne etwas zu finden, von einer weiteren Durchforschung der Peripherie kein Resultat zu erwarten steht.

Es ist zu beachten, ob der Hügel mit Steinen umkränzt ist, oder ob sich in dessen Innerem eine regelmäßige Steinsetzung befindet, die dann zu verfolgen ist. Stößt man auf einen aus Steinen zusammengesetzten Gang, so wird man bei Verfolgung desselben sicher auf die Grabstätte kommen.

Die heidnische Bestattungsart war eine dreifache: die Beerdigung des Leichnams, — die Verbrennung desselben und Beisetzung der Ueberreste im Hügel oder im Boden, — die Aufbewahrung der Asche in Urnen. In seltenen Fällen, namentlich zu Hallstadt, wurde auch die theilweise Verbrennung beobachtet, nämlich die Beerdigung des Körpers und Verbrennung des Schädels oder auch umgekehrt.

Stößt man beim Graben auf regelmäßig gelegte Steine, Gefäße, Asche mit Kohlen vermischt, oder auf schwärzliche, fettige Erde, die gewöhnlich durch Verwesung des Leichnams hervorgebracht ist, so muß mit größter Vorsicht weiter geforscht werden. Man soll sich nunmehr nur mehr hölzerner Werkzeuge, nach Umständen auch nur der bloßen Hände beim Graben bedienen, auch muß die Erde durchgestiebt werden. Man mache nun von oben

Luft, damit man zu den Objecten von oben herab, nicht von der Seite, gelange. Es sollen die aufgedeckten Fundstücke nicht sogleich weggenommen, sondern wo möglich bis zum Schlusse der Untersuchung auf ihrem Plage liegen gelassen werden, worauf man eine Zeichnung, oder doch wenigstens einen Situationsplan von der ganzen Ausgrabung mit genauer Bezeichnung der Gegenstände macht, dann erst dieselben aushebt. Während des Grabens wird man gut thun, sie mit dünnen Brettern aus neuem Holze zu bedecken, damit sie durch die herabrollenden Steine nicht beschädigt, und im Falle, daß sie wieder mit Erde bedeckt würden, leicht wieder aufgefunden werden können.

In Bezug auf den Begräbnißplatz ist zu beachten, ob das Skelett auf Schotter, gestampftem Lehm oder in einem Sarge liege, ob es mit feiner Erde, Sand oder Asche bestreut worden sei, ob es ganz oder bloß am Kopfe mit Steinen umstellt sei; beim Skelette selbst muß natürlich dessen Orientierung, Lage und Ausstattung bemerkt werden. Ähnlich sind die Umstände bei Brandgräbern ins Auge zu fassen, ob die Verbrennung an derselben Stelle vorgenommen wurde — was aus der großen Menge von Kohlenresten und Brandspuren an Steinen, Lehm und Erde zu erkennen ist — oder ob die verbrannten Ueberreste von der an einem anderen Orte

Land nach entgegengesetztem Maßstabe zu messen sich anschicken.

Die Nationalversammlung ist ihres Mandates für verlustig erklärt und aus der Nationalgarde werden Feldbataillone gebildet, um einem eventuellen Angriffe der Regierung von Versailles begegnen zu können. Die Nationalversammlung ihrerseits hat die Pariser Kommunalwahlen für null und nichtig erklärt, die Regierung sammelt im ganzen Lande Freiwilligenbataillone aus Mobilien und Freunden der Ordnung, um auf diesem Wege, und das ist das Traurigste, Musterjoldaten für die Linientruppen zu gewinnen und mit ihnen die widerspenstige Hauptstadt zum Gehorsam gegen die Zentralregierung zurückzuführen.

Neben diesen offiziellen Bestrebungen aber halten die Deputirten der legitimistischen und orleanistischen Partei Konventikel, um sich über die schleunigste Wiederherstellung der Monarchie zu verständigen. Wo bleibt da die Republik, die gegenwärtig allgemein anerkannte Regierungsform von Frankreich, welche die einen nicht preisgeben zu wollen, die anderen schützen zu müssen erklären?! Und dabei haben wir noch weder der Intriguen des Bonapartismus noch der kühnen Reserve der deutschen Heerführung gedacht, obgleich sich selbst Thiers und Jules Favre veranlaßt gefunden, sie in der unzweideutigsten Weise in öffentlicher Sitzung der Mitschuld an den Pariser Vorgängen anzuklagen, die preussischen Regierungsorgane dagegen nicht Worte genug haben, die Demoralisation und Entnerung des französischen Volkes zu brandmarken und ihm immer wieder zuzurufen, daß Ordnung und Ruhe im Lande nicht früher einkehren werden, als bis sich ein Mann gefunden, der mit eiserner Faust wieder eine öffentliche Autorität aufrichtet und den vierten Stand so gut wie die anderen unter das Joch seines persönlichen Willens beugt.

Unbestreitbar liegt viel Wahrheit hierin und die Regierung rafft deshalb, wie bemerkt, sich zu einem entscheidenden Schritte auf. Das deutsche Oberkommando willigte ein, daß die Pariser Armee auf 80.000 Mann gebracht werde, und mit diesen Truppen wollen Ducrot, Chanzy, Vello und Trochu in der nächsten Woche die rebellische Hauptstadt angreifen. Die rothen Gewaltthäter richten sich mittlerweile nach Möglichkeit zu energischem Widerstande ein. Barrikaden werden besetzt, Wälle ausgebesetzt u. s. w. und gegen die „Unzuverlässigen“, d. i. diejenigen, welchen die jetzige Wirtschaft ein Gräuelfeld ist, wird mit Gefängniß, Mord und Todschlag, Requisition u. s. w. schonungslos vorgegangen. In Folge dessen stocken denn auch alle Geschäfte, Paris gewinnt ein trauriges, ödes Ansehen,

der Postdienst ist mangelhaft geworden, da viele Beamte entflohen sind.

Das „*Pariser Journal*“ zählt die verschiedenen Ausgaben des Zentralkomitee's auf und schätzt sie auf drei Millionen, ohne die durch Unterbrechung des Handels verursachten Schäden in Anschlag zu bringen. Dasselbe Journal berechnet, daß die Volksjustiz in dieser Woche mindestens 33 Leichname zum Ergebnis habe.

Ein Londoner Brief der Presse behandelt des weiteren die Pariser Bewegung und ihre Ziele. Es heißt darin u. a.: „Die Pariser Bewegung hat beim ersten Anblick etwas Sinnloses, Zweckloses, und die erste Frage, welche sich jeder Mann stellt, geht dahin: Was wollen die Insurgenten? Es versteht sich von selbst, daß der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital im Hintergrunde der Bewegung liegt. Aber deren erste Tendenz geht dahin, die soziale Rückkehr in die geregelte Staatsform zu hindern, die National-Vertretung um ihr Ansehen zu bringen, die Regierung als Feind hinzustellen und vorderhand die Republik und hierauf die Staatslosigkeit anzustreben. Sobald Paris als Kommune konstituiert ist, ist diese Stadt aus dem Staate herausgesprungen, und es handelt sich dann bloß darum, daß die freie Konstituierung der anderen großen Städte folge und die Kommunal-Verwaltung alles Regierungswesen ersetze. Die einzelnen Kommunen können sich dann durch Delegirte über die Konzentration und Selbstverwaltung ihrer gemeinschaftlichen Interessen verständigen, aber Frankreich hat aufgehört zu existiren, gerade so, wie die freie Liebe die Heirat erzeugen soll.“

Das Zentral-Komitee hat den kühnsten, revolutionärsten Gedanken in der unschuldigsten Form ausgesprochen. Seine Municipalwahlen inauguriren die Kommune und sind daher die Verneinung des Staates, der Regierung und der National-Vertretung. Es genügt, diese ungeheure Tendenz anzugeben, um deren Unerreichbarkeit nachzuweisen.“

Politische Rundschau.

Laibach, 1. April.

Die seit einiger Zeit stattfindenden Besprechungen zwischen dem Ministerräsidenten und den Führern der Reichsrathsabgeordneten aus Galizien sollen dem „*N. W. Tgl.*“ zufolge ihren Abschluß gefunden haben. Wie berichtet wird, ist der Pakt zwischen der Regierung und der galizischen Delegation geschlossen und die Ernennung des Abgeordneten von Grocholski zum Minister ohne Portefeuille in den nächsten Tagen zu erwarten.

Es ist dieser Tage ein „*Jahresbericht*“ des k. k. Ministeriums für Kultus und Unter-

richt für 1870,“ der unter dem gewesenen Minister v. *Stremayr* vorbereitet wurde, veröffentlicht worden. Dieser Jahresbericht, der fortan jedes Jahr erstattet werden soll, hat die Aufgabe, ein möglichst vollständiges Bild der Thätigkeit im Ressort des Kultus und Unterrichtsministeriums zu geben, ferner die im Budget gestellten Anforderungen zu begründen und die Durchführung der einschlägigen Reichs- und Landesgesetze, sowie der betreffenden Resolutionen nachzuweisen. Er ist in erster Linie bestimmt, Sr. Majestät unterbreitet und den beiden Häusern des Reichsrathes vorgelegt zu werden und in dieser Weise die maßgebenden Faktoren von den Bedürfnissen des Unterrichtes im allgemeinen und insbesondere von dem Stande der einzelnen Anstalten in Kenntniß zu setzen; er soll ferner im Amtsbereich des Ministeriums für Kultus und Unterricht selbst von den Landesschulbehörden die Kontinuität der Geschäfte vermitteln, eventuell zum Austausch mit andern Regierungen benützt und der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die „*Wiener Zeitung*“ veröffentlicht das vom 29. März datirte Gesetz über die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes im Monat April 1871.

Die „*Narodni listy*“, welche die Festkneipe des Turn-Vereines als „*Preußenfeier unter Polizeischutz*“ bezeichnen, bringen in derselben Nummer und in derselben Spalte den Bericht eines russischen Journals über eine Sitzung des Moskauer Stadtrathes, in welcher es anlässlich der Gründung einer russischen Kirche in Prag zur Sprache kam, daß „die Czechen um ein „schönes Glockenwerk“ bitten.“ Mit Rücksicht auf die „immer stärker hervortretende Wechselseitigkeit der Russen und Czechen,“ sowie auf die Liberalität, mit welcher der Prager Stadtrath die Nikolauskirche für den russischen Gottesdienst abtrat, bewilligte der Moskauer Stadtrath 6000 Rubel zur Anschaffung „schöner Glocken für Prag“ und beauftragte eines seiner Mitglieder, Herrn Tschetwerikoff, mit der Anschaffung und dem Transporte dieser Glocken. In dem betreffenden Antrage heißt es wörtlich: „So möge Moskau in Prag seine Stimme erheben, mit recht gläubigem Glockenklang, mit dem milden Rufe zum Gebete unsere geistige Einigung mit den hervorragendsten Vorbildern des Westslaventhums immer mehr und mehr befestigend.“ Sehr rührend und erbaulich zu lesen in dieser Aera des „wahren Oesterreichthums“, welches bekanntlich niemand glorreicher repräsentirt, als die Czechen.

Aus dem Schweigen der deutschen Thronrede über die Abtretung des Kreises Weissenburg an Baiern wird vielfach geschlossen, daß eine solche überhaupt nicht stattfinden werde. Das scheint

befindlichen Ustrine hieher gebracht worden seien, ob mit Steinen umstellt, auf geebneten Schotter gelegt u. s. w.

Auf Reste von Holzmoder ist genau Acht zu geben, da aus dessen Menge und Lage sich schließen läßt, ob ein Kloßjarg vorhanden war oder nicht, ebenso auf Spuren von Kleidern — die Verstorbenen wurden in der Regel bekleidet begraben, — von denen oft nur Abdrücke in Lehm oder in der Erde mehr sichtbar sind.

Sehr wichtig sind die Schädel von Skeletten, weil diese über Race und Herkunft der Verstorbenen Aufschluß geben können; auf ihre Erhaltung ist daher besondere Sorgfalt zu verwenden und sie dürfen, wenn sie vorsichtig, mit Unterlegung eines Brettes ausgehoben sind, erst wenn sie an der Luft etwas getrocknet sind, von der Erde gereinigt werden. Von allfällig mitgefundenen Thierresten sind besonders die Zähne der Bestimmung wegen wichtig.

In nicht römischen Gräbern findet sich niemals eine Spur von Mörtel; wenn daher das Skelett, oder der Brand, oder die Urne in einer Steinlücke stehen, so ist diese nur aus Bruchsteinen zusammengefügt ohne Anwendung von Mörtel.

Bei Urnengräbern sind die größeren Gefäße, welche die Ueberreste der Verbrennung enthalten,

gewöhnlich von kleineren umstellt, auf deren Stellung genau Acht zu haben ist.

Die heidnischen Grabstätten sind ohne Ausnahme mit Gefäßen aus grobem, wenig gebranntem, daher meist bröckeligem und auf dem Bruch schwärzlichem Thon ausgestattet. Das Ausheben derselben erfordert große Vorsicht, weil sie meist durch die Feuchtigkeit des Bodens mürbe und häufig durch das Gewicht der darüber liegenden Erde zerdrückt sind. Man muß daher trachten, sie vorerst von allen Seiten von Erde frei zu machen, sie dann an einigen Stellen mit Draht oder Bindfaden umwickeln, und wenn sie an der Luft übertröcknet sind, durch Unterlegung eines Brettes sammt ihrem Inhalte langsam ausheben. Sind sie geborsten, so ist es gut, wenn die Sprünge nicht allzuweit klaffen, sie durch in Spiritus aufgelösten Schellack mittels eines Pinsels zu kitteln. Die im Gefäße befindliche Erde soll erst nach gänzlichem Trocknen des Thones vorsichtig herausgenommen werden. Als Kitt für gebrochene Töpfe ist außer Schellack auch Gips mit Gummiwasser angerührt, oder Aeykall mit Topfen gemischt zu empfehlen. Zum Ausheben der Gefäße ist bei sandigem Boden trockenes Wetter günstiger, bei Lehmboden feuchtes, weil dieser sonst so hart ist, daß man die Urnen nicht herausheben kann.

Bei Waffen, welche gewöhnlich zur Seite des Verstorbenen liegen, insbesondere aber bei Schmucksachen ist wieder deren Lage von Bedeutung, ob letztere am Kopfe, Halse, an den Armen oder Füßen (Fußringe) liegen. Vermordertes Holz zeigt wenigstens oft die Länge der Griffe oder Stiele an, ebenso Fasern von Leder oder gewebtem Stoffe die Applikation der Metallschmucksachen. Bronze ist gewöhnlich mit grünem Roste überzogen, Eisen häufig völlig oxidirt. Gegenstände aus letzterem Metalle, selbst wenn sie gut erhalten sind, unterliegen der Zerfetzung durch die Luft, daher man sie mit einer Lösung von Fischleim (Hausenblase, Gelatine) überziehen und nach gehöriger Trocknung mit einer Mischung von Leinöl und Wachs firnissen soll. Wein wird durch Tränken mit Stearin oder Wachs wieder fester. Der grüne Rost (die edle Patina) der Bronzen darf nicht entfernt werden.

Vor allem wichtig ist eine genaue Beobachtung, Beschreibung und wo möglich graphische Darstellung des Fundes in seiner Totalität, denn nur aus allen, scheinbar oft unwichtigen Umständen läßt sich ein Bild gewinnen, welches einen Schluß auf die Sitten, Gebräuche, überhaupt die Kulturzustände des Volkes gestattet, das diese in unsere Zeit hereinragenden Denkmale errichtete.

jedoch irrig, es wird vielmehr übereinstimmend gemeldet, daß man in Berlin entschlossen sei, Baiern durch die Abtretung des Kreises Weisenburg für den Gebietsverlust zu entschädigen, welchen es 1866 erlitten hat. Preußen ist hiezu entschlossen aus Gefühlen der Gerechtigkeit, der Uneigennützigkeit, der Dankbarkeit für die loyale und opferreiche Haltung Baierns, sowie aus Rücksichten politischer Klugheit, weil man meint, daß nichts mehr geeignet sei, die seit 1866 mit Preußen schmollenden Parteien in Baiern zu versöhnen, als dergleichen greifbare Beweise von Selbstlosigkeit und wahrhaft bundesfreundlichen Gesinnungen. Bei der Verathung über die Organisation von Elsaß-Lothringen will der Bundesrath eine bezügliche Vorlage einbringen.

In Fulda werden binnen kurzem abermals deutsche Bischöfe zu einer geheimen Besprechung zusammentreten. Gegenstand der Berathung sollen diesmal nach der „N. N. Ztg.“ folgende vier Punkte sein: 1. Maßregeln gegen die noch immer gegen das Unfehlbarkeitsdogma opponirenden Priester und Laien; 2. Stellung der Kirche zu dem neuen deutschen Kaiserreiche; 3. Berufung einer Synode im Herbst dieses Jahres, welcher die deutschen, österreichischen, ungarischen und polnischen Bischöfe beizuhören sollen; 4. Gründung der längst in Aussicht genommenen katholischen Universität.

Die Demobilisirung der norddeutschen Truppen wird zunächst auf die Garnisonsbataillone (welche aufgelöst werden) und auf die unberittene Landwehr ausgedehnt; ferner werden die vom Kriegsschauplatz heimkehrenden Besatzungstruppen, die Reservecavalarieregimenter, die Reservejägerbataillone, die Reservebatterien bei ihrem Eintreffen am Orte ihrer Formation sofort demobilisirt und aufgelöst. Was die Marine betrifft, so ist deren vollständige Zurückführung auf den Friedensstand angeordnet, womit eine umfangreiche Entlassung von Marinetruppen verbunden ist.

Eine Note des deutschen Reichskanzlers an Thiers erklärt formell, Deutschland anerkenne nur jene Regierung in Frankreich, welche den Präliminarfrieden abgeschlossen.

Die „Times“ meldet: In Folge einer neuen Konvention hat der Rücktransport der französischen Kriegsgefangenen wieder begonnen. — Die Einwilligung des Generals Fabrice zu der Erhöhung der Pariser Garnison auf 80.000 Mann ist an die Bedingung geknüpft, daß die Berliner Regierung dieses Uebereinkommen ratifizirt.

Das offizielle Gesamtergebnis der in Paris vorgenommenen Wahlen ergibt, daß 360.000 Wähler sich der Abstimmung enthalten haben. Auf die Anhänger der Insurrektion fielen 100.000 Stimmen, auf die bisherigen Mitglieder der Municipalität bloß 40.000.

Der Fürst Nikita gründet die erste Stadt in Montenegro am Flusse Czeta, wohin Herzegowiner und Albanesen wegen des Handels kommen. Die Baupläne werden umsonst vergeben; der Ort soll auch starke Befestigungen bekommen.

Zur Tagesgeschichte.

— Elf Gemeinden des Bezirks Buccari im kroatischen Küstenlande verweigern unter Protest die Rekrutenstellung mit Hinweis auf die ungesetzliche Befreiung Humes von der Wehrpflichtleistung. Die Gemeindevorsteher überreichten selbst den Protest.

— Mit dem 11. April d. J. erscheint in Agram ein neues deutsches unabhängiges Tagblatt unter dem Namen: „Agramer Lloyd“.

— Aus Rathrein wird dem „Tagesboten aus Währen“ geschrieben: Unsere P. T. Seelenhirten treiben es nunmehr schon in der Profanirung der Kanzel ins Uitzblaue. Unser Kooperator P. Gruda, ein Deutschenreffer, wie man selten einen findet, donierte Samstag von der Kanzel herab gegen den Besuch des hier befindlichen Ringelspiels, nicht weil es eine Sünde sei, sondern weil die Besitzerin eine Deutsche ist. Das ist denn doch zu arg, was unseren geistlichen Herren schon alles den Stoff zu Predigten liefern

muß. Ob sich die Ringelspiel-Besitzerin noch durch eine andere Sünde den Haß unseres Kaplans zugezogen hat, wissen wir nicht, doch das wissen wir, daß das Ringelspiel seit dieser Predigt nun doppelt so stark besucht wird, als früher.

— In Urszad (Bihar) ist kürzlich, wie Pester Blätter versichern, ein Mann zum Lehrer gewählt worden, der des Lesens und Schreibens unkundig ist.

— In der Stadt Posen kam es am 22., dem Geburtstag des Kaisers Wilhelm, zu Exzessen gegen die polnischen Einwohner, welche am Abend nicht illuminirt hatten. Die nicht erleuchteten Fenster wurden von Soldaten und Straßenzungen durch Steinwürfe eingeschlagen. Unter den von den Exzedenten heimgesuchten Gebäuden befanden sich mehrere Hotels und das groß. Dzialynski'sche Palais. Der „Posener Ztg.“ zufolge waren an jenem Abende mehrere Soldaten zu den betreffenden Hausbesitzern gekommen und hatten dieselben aufgefordert zu illuminiren; erst nachdem dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, erfolgten die Exzesse. Uebrigens sollen unter den Soldaten, welche wegen diesen Ausschreitungen verhaftet wurden, die meisten polnischer Nationalität sein.

— In der Sitzung des deutschen Bundesrathes am 24. d. wurde ein Vorschlag der österreichischen Regierung wegen Einberufung einer internationalen Konferenz zur Verabreichung von Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest vorgelegt.

— Man schreibt aus Berlin: In Geldsachen hört nicht bloß die Gemüthlichkeit — bei den Franzosen auch der Deutschenhaß auf, und es scheint fast, daß derselbe nur von solchen genährt und geschürt wird, die nichts zu verlieren haben. Französische Kaufleute und Fabrikanten überschüttet nämlich ihre früheren deutschen Geschäftsfreunde mit Briefen, in denen sie um Wiederaufnahme der unterbrochenen Verbindung ersuchen. Namentlich ist dies in der Weinbranche und auch im Luxusfache der Fall. Eine hiesige sehr bekannte Modewaaren-Handlung hat beispielsweise in einer einzigen Woche aus Orleans, Lyon, ja selbst aus dem heiligen Paris etwa zwei Duzend Briefe erhalten, die von den Versicherungen freundschaftlicher Gesinnung förmlich überfließen und in denen die Schreiber die Hoffnung aussprechen, recht bald wieder mit Aufträgen beehrt zu werden.

— Der Vatikan hat — wie der „Presse“ aus Rom gemeldet wird — die Abhaltung der großen Kirchenfeste in der Osterwoche unterjagt.

— Garibaldi hat Caprera bis zum 27. März nicht verlassen. Er erklärte, er gedente es auch nicht so bald zu verlassen.

Stiftsprobst Döllinger

gab am 28. d. sein Erwiderschreiben ab. Dasselbe schließt im Wortlaute: Ich kann mir nicht verbergen, daß diese Lehren, an deren Folgen das alte deutsche Reich zugrunde gegangen, falls sie bei dem katholischen Theile der deutschen Nation herrschend würden, sofort auch den Keim des unheilbaren Siedthums in das eben erbaute Reich verpflanzen würden. Döllinger erklärt, daß er als Christ, Theologe, Geschichtskundiger und Staatsbürger diese Lehre nicht annehmen könne, und fordert, daß ihm entweder vor dem gesammten deutschen Episcopat auf einer eventuellen Versammlung desselben in Fulda, oder auf einer engeren Theologen-Konferenz in München Gehör gegeben werde, den wissenschaftlichen Beweis zu führen, daß das Unfehlbarkeits-Dogma mit der Heiligen Schrift, sowie mit der konstanten Tradition des ersten Jahrtausends der christlichen Kirche im Widerspruch stehe und nur durch Fälschungen allmählig in die Kirche importirt worden ist.

Kokal- und Provinzial-Angelegenheiten. Kokal-Chronik.

— (Fleischtarif pro April.) Das Pfund Rindfleisch bester Qualität von Mastochsen kostet 26 fr., mittlere Sorte 22 fr., geringste Sorte 18 fr.; von Röhren und Zugochsen kosten die drei Sorten Fleisch 23, 19 und resp. 15 fr.

— (Von den Bischöfen der slovenischen Landestheile) wurde der Regierung eine Denkschrift überreicht, worin um Abänderung des Wehrgesetzes gebeten wird, indem in Folge desselben sich ein großer Mangel an Geistlichen einstellen wird. Der Bauernstand, aus dessen Mitte sich der Klerus meist rekrutirt, will nämlich seine Söhne nicht mehr in die Schule schicken, auf die Gefahr hin, daß dieselben nahe am Eintritte in die Theologie in den Soldatenrock gesteckt würden. Diese Besorgniß des Landmannes hat schon heuer einen bedeutenden Ausfall von Schülern an den krainischen Gymnasien zur Folge gehabt.

— (Konzert der philharm. Gesellschaft) am Montag den 3. April. I. Abtheilung. Fierrabras-Ouverture von Schubert. Tag des Herrn, zweistimmig, von F. Mendelssohn-Bartholdy, und Frühlingelied, dreistimmig, von E. Kammerlander, beide vorgetragen vom Damenchor. Ballade et Polonaise für die Violine, von Bizet'stempo, vorgetragen von Herrn Oskar Niebing. Arie aus der Oper: „Das Nachtlager in Granada“ von E. Kreuzer, vorgetragen von Fräulein Helene Pessial. Nachtgesang, für Streichinstrumente von J. Vogt. — II. Abtheilung. Christus am Ölberge, Oratorium von Beethoven. Die Soli werden von Frä. Helene Pessial und den Herren Rübinger und Moravec gesungen.

— (Bühnenvorstellung.) Morgen Abends um 7 Uhr findet im Ritteraal des deutschen Ordenshauses vor einem Kreise geladener Gäste eine von den Böglingen des Institutes Waldherr veranstaltete Bühnenvorstellung statt, die folgendes anziehende Programm enthält: „Wilhelm Tell,“ 3. Szene des 3. Aufzugs (Darstellende: Böglinge der IV. Klasse); Lebende Bilder (Böglinge der I. und II. Klasse); „Hinüber — Herüber.“ Pöffe in 1 Akt von Nestroy, und endlich „die Zaubergeige.“ Operette von Offenbach. Gesang mit Pianoforte und Violinenbegleitung.

— (Feuerwehr.) Den Sonntags-Stadtdienst hat morgen die dritte Abtheilung der freiwilligen Feuerwehr.

— (Zum Schneidersrike.) Wie uns vom Komitee der Kleidermacher mitgetheilt wird, hat Herr J. W. Streckler seinen Arbeitern eine 20% Lohnausbesserung und Tarif zugesichert, desgleichen auch Herr Franz Bernoth auf diese Weise einen Vergleich mit seinen Arbeitern zu Stande gebracht.

— Wunder über Wunder.) Angesichts der eintretenden besseren Jahreszeit, welche vom Landvolke zu Wallfahrten benützt wird, tischt „Danica“ ihren gläubigen Lesern Wunder neueren Datums auf, die ihr von dem seit einiger Zeit beim Landvolke mehr in Vergessenheit gerathenen Gnadenorte Michelfstetten in Oberfrain bekannt geworden sind. Wunder Nr. 1: Ein Bauer aus der dortigen Gegend wurde zur Zeit der französischen Invasion zum Militär assentirt und mußte mit der französischen Truppe nach Italien fortziehen. In Würz ergriff ihn so sehr das Heimweh, daß er vom 4. Stock der hohen Kaserne mit einem Stoßgebet an die Muttergottes des obigen Wallfahrtsortes auf das Straßenpflaster sprang und ohne Beschädigung sich in seine Heimat auf und davon machte. Wie gefährlich und unmoralisch die Naganwendung dieses Wunders werden könnte, hat die fromme „Danica“ wohl nicht bedacht! Wunder Nr. 2: Ein Dieb kam Nachts in die besagte Wallfahrtskirche und beraubte die Marienstatue all ihres Schmuckes. Pögllich ergriff ihn beim linken Arm eine unsichtbare Hand und ließ ihn nicht los. Der Dieb behängte mit der freien rechten Hand das Gnadenbild mit dem gestohlenen Schmucke wider, erweckte ernstlich Reue und Leid. Erst nachdem er ganz zerknirscht den englischen Morgengruß gebetet, ließ ihn die unsichtbare Hand los. Wunder Nr. 3: Zwei Eltern brachten aus Steiermark ein todttes Kind, das ihnen unterwegs gestorben, zum Gnadenbilde. Kaum hatten sie um den Hauptaltar den ersten Rundgang gemacht, begann das todtte Kind sich zu regen und lebte wieder auf. Wunder Nr. 4: Ein 70-jähriges blindes Weib wurde von einer Begleiterin in die Kirche geführt, um das Augenlicht zu erlangen. Sie blieb einige Zeit ganz allein. Als nun die Begleiterin später zu der Blinden zurückkehrte, sah sie vor

Ihr eine schöne Figur auf der Bank liegen, die von auswärts nicht hereingebracht worden sein konnte. Diese Puppe hatte jedoch keine Augen, was — nach der scharfsinnigen Erklärung der „Danica“ — zu bedeuten hatte, daß die Bitte nicht erhört werden könne, und wirklich — schließt „Danica“ — blieb das Weib bis zu ihrem Lebensende blind.

(Zur Hebung der Schweinezucht in Krain) hat die krain. Landwirtschaftsgesellschaft auf Kosten der ihr vom Ackerbauministerium bewilligten Staatsubvention eine Anzahl von Ebern und Säuen der Suffolkter Rasse angekauft. Am Mittwoch nach Ostern, den 12. April Vormittags um 9 Uhr, werden diese Thiere paarweise, ein Männchen und Weibchen, auf der Meierei des Herrn Peter Lakul unter Rosenbach gegen Barzahlung an Landwirthe verkauft werden. Der Ausrufspreis wird viel niedriger gestellt sein, als der Ankaufspreis betrug.

Die Wahlen des krainischen Landtages in den Reichsrath

kamen in der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, also erst nach 6 vollen Monaten seit Eröffnung des Reichsrathes, zur Verhandlung und wurden, nachdem zwei Gegenanträge auf Annullirung derselben nicht einmal die gehörige Unterstützung erhalten hatten, als gültig erklärt. Niemand von den hervorragenden Mitgliedern des Hauses, die doch sonst eine Lanze für die Verfassung einzulegen pflegen, betheiligte sich an der Debatte, ja es glänzten viele derselben — wohl nicht unabsichtlich — durch ihre Abwesenheit.

Der Bericht des Verfassungs-Ausschusses über die krain. Wahlen ist sehr nothdürftig gehalten.

Anknüpfend an die nach Ablehnung der Gegenanträge des Dr. Kaltenegger beschlossene Adresse an den Kaiser und an die in deren Sinne vorgenommenen Wahlen, welche Graf Margheri ablehnen zu müssen glaubte und Dr. Costa mit der ausdrücklichen Erklärung, sich an die Adresse halten zu wollen, annahm, wörtlich der Bericht fort: Wird die Frage der Gültigkeit dieser Wahlen in Betracht gezogen, so erscheinen dieselben abgesehen, von dem Inhalte der Adresse und des dritten Punktes des Ausschussantrages (Instruktionserteilung), äußerlich und formell der Landtagswahlordnung und deren Anhang, sowie dem Grundgesetze über die Reichsvertretung vollkommen entsprechend.

Ungeachtet und dem § 16 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung widersprechend erscheint nur der Beschluß des Landtages, daß die gewählten Reichsrathsabgeordneten sich an den Inhalt der ebenfalls vom Landtage angenommenen Adresse zu halten haben, und sind die Abgeordneten an eine solche Instruktion nicht gebunden. Es wurde demnach vom Ausschusse beantragt: In Erwägung, daß nach § 16 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 die Reichsrathsabgeordneten von ihren Wählern keine Instruktionen anzunehmen haben, daher der Beschluß des krainischen Landtages vom 30. August 1870, daß die Reichsrathsabgeordneten von Krain durch und an den Inhalt der am gleichen Tage vom Landtage angenommenen Adresse gebunden sein sollen, als auf eine Beschränkung des Mandates der Reichsrathsabgeordneten abzielend, für die letzteren keine gesetzlich verbindende Kraft hat und folglich auf die Gültigkeit der Wahl keinen Einfluß ausüben kann — werde die Wahl der Abgeordneten Graf Margheri, Foral, Rurnit, Svetec, Graf Barbo und Dr. Costa als gültig anerkannt.

Gegen den Antrag des Ausschusses sprach zuerst Dr. Hanisch; er meinte, der krain. Landtag wäre aufgelöst gewesen (lebhafter Protest von der rechten Seite) und der Reichsrath sei verpflichtet, im Interesse seiner Existenz solche Zumuthungen, wie sie der krain. Landtag an ihn stellt, sich nicht gefallen zu lassen. Gegen die Gültigkeit der Wahlen sprachen außerdem die Abgeordneten Tomisch, Dr. Bickert, Dr. Knoll, Brandstetter und Dr. Fur. Dr. Bickert bezog sich auf die Adresse des krainischen Landtages, worin es ausdrücklich heißt, daß die Verfassung der rechtmäßigen Grundlage entbehre; dies schein denn doch ein deutlicher Beweis zu sein, daß der Landtag nicht habe verfassungsmäßig wählen wollen; eine andere Wahl als eine verfassungs-

mäßige könne nicht als gültig angesehen werden. Brandstetter bemerkte, die Agnosirung der Wahlen werde einen üblen Eindruck auf die verfassungstreue Bevölkerung in Krain und in andern Kronländern machen.

Für die Gültigkeit der Wahlen sprachen außer dem Berichterstatter Dr. Blitsfeld nur noch der Abgeordnete Dr. Weeber. Beide stellten sich auf einen von dem Berichte prinzipiell verschiedenen Standpunkt. Der Bericht geht von dem Standpunkte aus, daß die Instruktion unter allen Umständen hinfällig und auf die Gültigkeit der sonst gesetzlich vorgenommenen Wahl von keinem Einflusse sei; jetzt sprachen die Herren anders; sie deduzirten, daß unter Umständen die Instruktion allerdings die Wahl vernichten könne, nämlich wenn sie gleichzeitig und unter Einem mit dem Wahlakte ertheilt wird, und nur darum, weil eine solche Eintheiligkeit des Aktes, der Instruktions-Ertheilung und der Wahl, im krain. Landtage nicht vorgekommen sei (!), müsse die Wahl als gültig anerkannt werden. Das soll wohl Konsequenz, Logik, klare Ueberzeugung heißen? Mit nichtigeren Soffismen, bemerkt hiezu die „N. Fr. Pr.“, wurde sobald nicht über ein klares Recht hinweggesetzt, und mochte der Herr Abgeordnete Dr. Weeber mit noch so viel Emphase erklären, er und die Majorität, die ihm folgte, halte sich lediglich an den Rechtsstandpunkt und weise jedes politische Motiv weit, weit von sich, so wird es ihm doch nicht gelingen sein, die Ueberzeugung zu erschüttern, daß gerade diejenigen, welche unter allerlei Bindungen und Krümmungen entdeckte Soffismen nicht verschmähten, um die krain. Abgeordneten nur dem Hause zu erhalten, sich von politischen Motiven leiten ließen, und nicht diejenigen, welche, klarem Rechte folgend, ihre leider vergessliche Stimme für die Ungültigkeit der Wahl erhoben. Das für die Majorität bestimmende Motiv war die Furcht vor dem Horn der Föderalisten, die tödliche Angst vor irgend einem „Konflikte“, und das ist eben kein Grund des Rechtes, sondern ein politisches Motiv. Politik wollte freilich auch die kleine Minorität machen; aber nur jene gute Politik, welche die natürliche, von selbst sich ergebende Folge einer treuen Anwendung der gegebenen Verfassung ist. Die Minorität wollte, daß Recht Recht bleibe, daß die Verfassung vor Insulten, Mißachtung, Hohn und offener Auflehnung bewahrt werde, und das ist eine gute Politik. Die Majorität hat aber klares Verfassungsrecht, ein starkes Bollwerk gegen Verfassungsversuche aus kläglicher Angst vor einem momentanen Krach der föderalistischen Rechten preisgegeben und hat darum schlechte Politik gemacht. Die Früchte dieser Politik werden nicht ausbleiben. Wo sich auf einem Landtage in Zukunft eine föderalistische Majorität finden wird, kann sie mit einer Brandschrift gleich der Adresse des krain. Landtages ihre Voten in das Abgeordnetenhaus entsenden, und die verfassungstreue Mehrheit dieses Abgeordnetenhauses wird es sein, die den föderalistischen Landtagen mit dem heutigen Beschlusse das Mittel an die Hand gegeben hat, verfassungstreue Abgeordnete auch dort zu eliminiren, wo solche vermöge des Gruppensystems von der föderalistischen Majorität gewählt werden müssen.

Witterung.

Laibach, 1. April.
Nacht heiter. Neif. Tagüber wechselnde Bewölkung, starker Südwestwind. Temperatur: Morgens 6 Uhr - 2.3°; Nachm. 3 Uhr + 5.8° (1870 + 7.2°, 1869 + 9.9°). Barometer im Fallen 322.77". Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 1.2°, um 4.5° unter dem Normale.

Vom Aprilwetter gibt es eine erkleckliche Anzahl Sprüche:

Herrengunst, Aprilwetter,
Frauentrieb und Rosenblätter,
Würfelspiel und Kartenglück,
Wechseln jeden Augenblick.

Je zeitiger im April die Schlege blüht,
Um so früher vor Jakobi die Ernte glüht.

Trockner April,
Ist nicht des Bauern Will;
April-Regen,
Ist ihm gelegen.

Aprilregen — großen Segen.
Wenn der April bläst in sein Horn,
So ist es gut für Heu und Korn.
April fast und naß
Füllt Keller und Faß.

Verstorbene.

Den 31. März. Dem Johann Schifferer, Schubbegleiter, sein Kind Josef, alt 17 Tage, in der Darmherzigen-gasse Nr. 130 an Schwäche.

Theater.

Heute: Letzte Vorstellung in dieser Saison. Zum zweiten male: Auf eigenen Füßen. Pöste mit Gesang in 3 Akten von J. Pohl und J. Hopp. Musik von Conradi und Hopp.

Telegramme.

(Orig. = Teleg. des „Laib. Tagblatt.“)

Wien, 1. April. Das Abgeordnetenhaus lehnte den Antrag der Ausschussmajorität, erst nach erfolgter Einbringung der regierungsseits versprochenen Vorlagen in die Berathung des Rekrutenbewilligungsgesetzes einzugehen, ab.

Paris, 31. März. Das dreizehnte, von Versailles aus nach Paris auf Reko-gnosirung ausgesandte Linienregiment desertirte massenhaft, mit den Nationalgarden von Paris fraternisirend. Thiers zahlte den Deutschen 500 Millionen, wodurch der Versailler Regierung die Nordforts übergeben wurden.

Wien, 31. März. Reichsrath. Der Präsident theilt mit: Nachdem die im Reichsrathe nicht erschienenen Mitglieder aus Böhmen und Mähren der Aufforderung zum Erscheinen oder ihre Anwesenheit zu entschuldigen nicht nachkamen, sind dieselben nach der Geschäftsordnung als ausgetreten zu betrachten. Hievon ergeht gleichzeitig Mittheilung an die Regierung behufs Einleitung zu den Neuwahlen. Sodann fand die Debatte über den Gesetzentwurf betreffs der Gerichtsbarkeit über die Landwehr statt.

Brüssel, 31. März. Die Konferenz hält keine weitere Sitzung, alles wird schriftlich geschehen, um Kontroversen zu vermeiden. Die Regelung der Grenzfrage sowie der Handelsfrage erfolgt durch Spezial-Delegirte.

Paris, 30. März. Eine Proklamation der Kommune fordert von den Bürgern Vertrauen zur Sicherung der geschaffenen Institutionen. Das Komitee ermächtigte Duval, Hausdurchsuchungen vorzunehmen und die der Kommune feindlich Gesinnten zu überwachen. Bei fünf großen Versicherungsgesellschaften wurden Siegel angelegt wegen Verdachtes, daß Gelder der Ex-Kaiserin dort erliegen. Nationalgarden besetzten die Barrikaden um den Vendome-Platz. Man besorgt, daß die Kommune alle Wechsel zu annulliren beabsichtige. Das Kommune-mitglied Theiz besetzte das Posthotel; das Aussehen der Stadt ist traurig, der Straßenverkehr hat stark abgenommen, Cafés und Kaufläden sind geschlossen.

Paris, 30. März. Das Komitee verurtheilte Wilfred Fonvielle wegen Attentates auf die Kommune in contumaciam zum Tode. Dekrete der Kommune verfügen: Die Bezirkseinteilung ist abgeschafft; nach Paris könne keine andere Militärmacht als Nationalgarde kommen. Den Miethern wird von den drei letzten Zinsterminen ein Nachlaß bewilligt. Delescluze und Courmet wollen Kommune-mitglieder bleiben, sie gaben ihre Demission als Deputirte.

London, 31. März. Eine „Times“-Depesche aus Paris sagt einen verzweifelten Kampf voraus. Das Journal „Vengeur“ droht die Nationalgarde durch die Macht der Insurgenten zu vertreiben und glaubt nicht, daß die Truppen Widerstand leisten. Die Kommune hat einen die Kriegskostenzahlung betreffenden Antrag berathen; Versailles soll einer anglo-amerikanischen Gesellschaft für eine Milliarde, St. Cloud soll den Deutschen zur Errichtung eines Spiel-Etablissements (!) für 800 Millionen, Fontainebleau für 500 Millionen verkauft werden. (Heller Wahnsinn!) „Daily-News“ meldet: Die Versailler Regierung verhindert die Einfuhr von Rindvieh und Pferden nach Paris.